

23. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 22. September 2010, 17:00 Uhr bis 19:06 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Marina Garzotto (SVP)

Protokollführung: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Roger Bartholdi (SVP), Jris Bischof (SP), Matthias Probst (Grüne), Christine Stokar Gasser (SP), Lucia Tozzi (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2010/368](#) Eintritt von Kathy Steiner (Grüne) anstelle des zurückgetretenen Pierino Cerliani (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
3. [2010/381](#) * Weisung vom 08.09.2010: Zürich Tourismus, Weiterführung des Beitrages STP
4. [2010/383](#) * Weisung vom 08.09.2010: Tiefbauamt, Emil-Spillmann-Weg, Erhöhung des Objektkredits VTE
5. [2010/384](#) * Weisung vom 08.09.2010: Stiftung Zürcher Schülerferien, Beiträge 2011 bis 2014 VS
6. [2010/378](#) * Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Urs Fehr (SVP) STP
E vom 08.09.2010:
«Züri-Fäscht», Gestaltung eines kulturell ansprechenden Abendprogramms
7. [2010/213](#) Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2009 OMB
8. [2010/234](#) Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2009 DSB
9. [2010/150](#) Weisung 496 vom 07.04.2010: Geschäftsbericht des Stadtrats 2009 STR

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung wird keine sprachliche Korrektur vorgenommen.

516. 2010/399
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 22.09.2010:
Ablehnung des Polizei- und Justizzentrums - Neunutzung des Güterbahnhofareals

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Chance statt Krise:

Am vergangenen Montag hat der Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hier in diesem Saal den Objektkredit für den Neubau eines Polizei- und Justizzentrums abgelehnt. Es ist der Regierung nicht gelungen, die Zweifel über die versprochenen Synergien, aber auch über die Wirtschaftlichkeit des Projektes auszuräumen.

Für das Güterbahnhofareal ergeben sich damit neue Möglichkeiten, die die Stadt Zürich unbedingt ergreifen muss. Schon Baudirektor Kägi hat am Montag ausgeführt, dass das Güterbahnhofareal von grösster städtebaulicher Bedeutung ist. Warum er genau dort einen selbstbezogenen Gefängnisbau realisieren wollte, der mit der städtischen Umgebung rein gar nichts zu tun hatte, bleibt sein Geheimnis. Die Grünen sehen für das Güterbahnhofareal Nutzungen für das Gewerbe, mit einem Schwerpunkt auf Betriebe der Kreativwirtschaft und preisgünstige Wohnungen. Damit kann einer der grossen Schwachpunkte der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES), die mehr Räume für die Kreativwirtschaft fordert, endlich mit einem planerischen Inhalt gefüllt werden.

Selbstverständlich muss der denkmalgeschützte Güterbahnhof erhalten bleiben, nachdem nun die Begründung für seinen Abriss, das Polizei- und Justizzentrum, dahin gefallen ist. Und es ist darauf zu achten, dass an der hoch belasteten Hohlstrasse möglichst verkehrsarme Nutzungen realisiert werden. Die Grüne Fraktion wird zu diesem Zweck heute eine Motion einreichen, die den Stadtrat beauftragt, unverzüglich die Planung aufzunehmen und für das Güterbahnhof-Areal beim Regierungsrat den Antrag auf eine Planungszone zu stellen. Nur so kann ermöglicht werden, dass in einem breit abgestützten Prozess gute Grundlagen geschaffen werden können.

Es ist nun an uns, diese einmalige Chance für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung zu nutzen.

Geschäfte

517. 2010/368
Eintritt von Kathy Steiner (Grüne) anstelle des zurückgetretenen Pierino Cerliani (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 9. September 2010 anstelle von Pierino Cerliani (Grüne 10) mit Wirkung ab 17. September 2010 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Kathy Steiner (Grüne), dipl. natw. ETH, Geschäftsführerin Grüne, geboren am 23. November 1963, von Schwyz/SZ, Seminarstrasse 34, 8057 Zürich

- 518. 2010/381**
Weisung vom 08.09.2010:
Zürich Tourismus, Weiterführung des Beitrages
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 20. September 2010
- 519. 2010/383**
Weisung vom 08.09.2010:
Tiefbauamt, Emil-Spillmann-Weg, Erhöhung des Objektkredits
- Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 20. September 2010
- Mitteilung an den Stadtrat
- 520. 2010/384**
Weisung vom 08.09.2010:
Stiftung Zürcher Schülerferien, Beiträge 2011 bis 2014
- Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 20. September 2010
- 521. 2010/378**
Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Urs Fehr (SVP) vom
08.09.2010:
«Züri-Fäscht», Gestaltung eines kulturell ansprechenden Abendprogramms
- Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.
- Namens der GLP-Fraktion stellt Gian von Planta (GLP) den Ablehnungsantrag.
- Damit ist das Geschäft vertagt.
- Mitteilung an den Stadtrat
- 522. 2010/213**
Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr
2009
- Die GPK hat den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen, Dr. Claudia Kaufmann, in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 6. September 2010).
- Die Beauftragte in Beschwerdesachen, Dr. Claudia Kaufmann, nimmt Stellung.
- Schlussabstimmung
- Die Mehrheit der GPK beantragt Annahme des Berichts der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2009.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Berichts der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2009.

Mehrheit: Vizepräsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Referent; Präsidentin Katrin Wüthrich (SP), Irene Bernhard (GLP), Peter Küng (SP), Michael Schmid (FDP), Christine Stokar Gasser (SP), Christian Traber (CVP)
Minderheit: Bruno Amacker (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2009 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt

523. 2010/234

Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2009

Die GPK hat den Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich, Marcel Studer, in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 Gemeindeordnung geprüft und beantragt Abnahme (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 6. September 2010).

Der Datenschutzbeauftragte der Stadt Zürich, Marcel Studer, nimmt Stellung.

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Annahme des Tätigkeitsberichts 2009 des Datenschutzbeauftragten.

Zustimmung: Vizepräsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Referent; Präsidentin Katrin Wüthrich (SP), Bruno Amacker (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Irene Bernhard (GLP), Peter Küng (SP), Michael Schmid (FDP), Bruno Sidler (SVP), Christine Stokar Gasser (SP), Christian Traber (CVP)
Abwesend: Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Tätigkeitsbericht 2009 des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt

An der nachfolgenden Fraktionserklärung wird keine sprachliche Korrektur vorgenommen.

524. 2010/400
Erklärung der SVP-Fraktion vom 22.09.2010:
Geschäftsbericht des Stadtrats 2009

Namens der SVP-Fraktion verliest Bruno Amacker (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Schönwetterbericht in Reinkultur:

Von Jahr zu Jahr verfasst der Zürcher Stadtrat einen Geschäftsbericht, der nur über seine Erfolge berichtet und sich und seine Verwaltung mit Ruhm nur so überschüttet. Sämtliche Misserfolge oder pendenten Baustellen des Stadtrates und in den Departementen sind im jährlichen Rechenschaftsbericht inexistent.

Das Berichtsjahr 2009 hatte auch seine Schattenseiten: So musste der Stadtrat seine Idee zur Abschaffung der Sozialbehörde im gleichen Jahr wieder beenden, der Hochseekran vom Projekt am Limmatquai wurde in der Budgetdebatte vom Gemeinderat versenkt, bei der Unfallversicherung UVZ wurde eine Untersuchung nötig, bei den Tankstellenshops wurde ein restriktiver Weg gewählt, das Verkehrschaos ist Standard in der Stadt, das Bezirksgericht sprach die Sozialamtsmitarbeiterinnen Esther Wyler und Margrit Zopfi frei, die Krawalle am 1. Mai fanden wie üblich statt, im Parkplatzstreit musste eine Untersuchung angeordnet werden, der Stadtrat musste gegen seinen ursprünglichen Willen Sozialermittler einsetzen usw. Die Liste liesse sich beliebig verlängern. Solche Vorkommnisse sucht man vergebens im Geschäftsbericht.

Nach Art. 37 der Gemeindeordnung muss die Geschäftsprüfungskommission (GPK) nicht nur den Geschäftsbericht, sondern auch die Geschäftsführung des Stadtrates prüfen. Mit einem Schönwetter-Bericht ist eine Überprüfung der Geschäftsführung, die diesen Namen verdient, fast nicht möglich. Die GPK wird dadurch gezwungen, zwischen den Zeilen zu lesen und muss in detektivischer Art und Weise die Themen aufdecken und beim Stadtrat hinterfragen.

Die SVP anerkennt, dass der Stadtrat seine Rechenschaft nicht nur gegenüber der GPK oder dem Gemeinderat ablegen muss, sondern auch gegenüber dem Volk. Deshalb möchte sich der Stadtrat im besten Licht präsentieren. Für das Parlament ist ein solcher Bericht aber nicht zweckmässig und die GPK muss zur Prüfung der Geschäftsführung ein tauglicheres Instrument zur Verfügung haben. Die Fraktion der SVP wird deshalb den Geschäftsbericht 2009 des Zürcher Stadtrats ablehnen und fordert Stadtrat und Parlament hiermit auf - für die Zukunft - der GPK und dem Parlament ein taugliches Mittel zur Verfügung zu stellen.

525. 2010/150
Weisung 496 vom 07.04.2010:
Geschäftsbericht des Stadtrats 2009

Beratungsgrundlagen

- Weisung 496 vom 07.04.2010
- Geschäftsbericht 2009
- Bericht und Antrag der GPK vom 06.09.2010

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK*	87
Nichtabschreibungsanträge GPK	132
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat	219

* *einschliesslich der vom Rat im Jahr 2010 bereits abgeschriebenen Geschäfte GR Nrn. 2003/189, 2006/219, 2008/141, 2008/282, 2008/418, 2008/539 und 2008/565.*

Bruno Sidler (SVP) begründet den Ablehnungsantrag der SVP.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Die Beratung wird unterbrochen und in der Nachtsitzung fortgesetzt (siehe Protokoll 24. Ratssitzung).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

526. 2010/401
Motion der Grüne-Fraktion vom 22.09.2010:
Güterbahnhofsareal, Festsetzung einer Planungszone

Von der Grüne-Fraktion ist am 22. September 2010 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, unverzüglich die planerischen Grundlagen für eine Neunutzung des Güterbahnhofsareals zu schaffen. Dazu stellt der Stadtrat beim Kanton Zürich den Antrag auf Festsetzung einer Planungszone für das Güterbahnhofsareal. Innert drei Jahren sind die planerischen Grundlagen zu schaffen, um auf dem Güterbahnhofsareal Gewerbebetriebe, mit einem Schwerpunkt auf Betriebe der Kreativwirtschaft, und preisgünstige Wohnungen zu realisieren. Dabei ist dem Erhalt der bestehenden Bauten und einer möglichst geringen Verkehrserzeugung höchste Beachtung zu schenken.

Begründung:

Am 20. September 2010 hat der Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich einen Objektkredit für den Neubau eines Polizei- und Justizzentrums auf dem Standort des ehemaligen Güterbahnhofsareals verweigert. Baudirektor Kägi bezeichnete dabei das Areal als von zentraler städtebaulicher Bedeutung. Mit der Ablehnung des Objektkredits ist nun die einmalige Chance gegeben, eine Nutzung zu realisieren, die dieser wichtigen Bedeutung für die Stadt Zürich auch tatsächlich entspricht.

Mit der Festsetzung einer Planungszone wird die nötige Zeit geschaffen, um in einem breit angelegten Prozess zukunftsgerichtete Nutzungsideen zu entwickeln.

Die Stadt Zürich hat unbestrittenermassen wenig räumliche Reserven für gewerbliche Nutzungen. Ebenso besteht ein grosser Mangel in der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) des Zürcher Stadtrates darin, dass er zwar die so genannte Kreativwirtschaft fördern will, sich diese Förderung planerisch aber kaum niederschlägt. Von grosser Bedeutung für die Stadt Zürich ist auch die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen.

Da der historisch bedeutsame Güterbahnhof nur unter der Bedingung aus dem Inventar der denkmalgeschützten Bauten entlassen wurde, dass ein Polizei- und Justizzentrum realisiert würde, ist eine Neuplanung unter der Prämisse des Erhalts der denkmalgeschützten Bauten anzugehen.

Das Güterbahnhofsareal liegt an der durch den Verkehr hoch belasteten Hohlstrasse. Deshalb müssen alle zukünftigen Nutzungen darauf ausgerichtet sein, so wenig Verkehr wie möglich zu erzeugen.

Mitteilung an den Stadtrat

527. 2010/402
Postulat der SP-Fraktion vom 22.09.2010:
Alternative Standorte für die polizeilichen Nutzungen der Kaserne

Von der SP-Fraktion ist am 22. September 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er in Zusammenarbeit mit dem Kanton Alternative Standorte für das Provisorische Polizeigefängnis und die weiteren polizeilichen Nutzungen der Kaserne finden kann, damit die Kaserne für andere Zwecke frei werden könnte.

Begründung:

Am Montag, den 20. September 2010 wurde im Kantonsrat der Neubau des Polizei- und Justizzentrum abgelehnt. Mit diesem Nein wurde die Chance verpasst, das wertvolle Kasernenareal in absehbarer Zeit einer Nutzung zuzuführen, welche den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Kultur und der Wirtschaft Rechnung trägt. Damit mit dieser Entscheidung nicht jegliche Perspektive für das Kasernen-Areal verloren geht, soll der Stadtrat nun zusammen mit dem Kanton handeln. Zudem wird die Betriebsbewilligung des Provisorischen Polizeigefängnisses bald ablaufen und es muss sowieso ein anderer Standort gesucht werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**528. 2010/403
Postulat von Ueli Brassler (SD) und Patrick Blöchliger (SD) vom 22.09.2010:
Güterbahnhofareal, Erwerb und Nutzung als Stadtpark**

Von Ueli Brassler (SD) und Patrick Blöchliger (SD) ist am 22. September 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Stadt Zürich das Areal des Zürcher Güterbahnhofs erwerben und es als Stadtpark der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen kann.

Begründung:

Nachdem der Kantonsrat die Vorlage für ein Polizei- und Justizzentrum auf dem Güterbahnhof-Areal abgelehnt hat, wird dieses für eine andere Nutzung frei. Der starke Zuwanderungsdruck und die damit verbundene bauliche Verdichtung führen zu einer ständigen Verschlechterung der Lebensqualität in Zürich. Der Dichtestress belastet die Menschen in der Stadt immer mehr. Zusätzliche Freiräume sind dringend nötig. Beim Güterbahnhof besteht die einmalige Chance, statt noch mehr Übervölkerung einen richtigen Stadtpark von ca. 6,4 ha Grösse zu schaffen, und dies in einer Gegend mit einem ausgeprägten Mangel an Freiräumen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

**529. 2010/310
Dringliche Schriftliche Anfrage von Kyriakos Papageorgiou und 34 Mitunterzeichnenden vom 07.07.2010:
Präventiver Staatsschutz in der Stadt Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1482 vom 8. September 2010).

**530. 2010/324
Dringliche Schriftliche Anfrage von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Marianne Spieler Frauenfelder (SP) und 34 Mitunterzeichnenden vom 14.07.2010:
Verkehrssicherheit für Kindergarten- und jüngere Schulkinder**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1511 vom 8. September 2010).

**531. 2010/325
Dringliche Schriftliche Anfrage der Fraktionen SP, Grüne und AL sowie der EVP-Parlamentsgruppe vom 14.07.2010:
Revision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung auf die Stadt Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1487 vom 8. September 2010).

Nächste Sitzung: 22. September 2010, 20:35 Uhr.